

München, den 29.07.2016

Stellungnahme zum Entwurf der Neuauflage 2016 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieses Dokument ist das Ergebnis der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Ihrem Entwurf für eine Neuauflage der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Im Folgenden haben wir Anregungen und Empfehlungen zu einigen Punkten Ihres Entwurfs niedergelegt. Wir wollen damit Ihre Arbeit würdigen und beratend auf die politischen Ziele unseres Landes einwirken.

Gezeichnet:

Johanna Henrich (Nachhaltigkeitsberaterin)

Philipp Dahl (Nachhaltigkeitsberater)

Daniel Schulz (Nachhaltigkeitsberater)

Axel Klein (Nachhaltigkeitsberater)

Pauline Vernimb (Studentin im Bereich Nachhaltigkeit)

Philipp Hofmann (Nachhaltigkeitsberater)

Ziele

1 Armut

Die Herausstellung der relativen Armut ist als wichtig hervorzuheben. Armut ist in der Bundesrepublik Deutschland vor allem eine Gerechtigkeits- und Verteilungsdebatte. Die Möglichkeiten sozialen Aufstiegs sollten näher beleuchtet werden, diese bieten sich auch als Indikator an.

Höchst verwunderlich ist, dass die internationale Ebene auf Seiten der strategischen Ziele völlig ausgespart wird. Da dieses Ziel stark mit anderen wie Wirtschaftlicher Stabilität und Frieden – und

damit zusammenhängend den Fluchtursachen vieler Menschen - korreliert, ist es mit Priorität zu behandeln.

Ebenso verwunderlich ist das Fehlen der Indikatoren. Die nationale Definition für Armutsgefährdung wird im Text genannt und der Anteil Menschen unter der relativen Armutsgrenze ist dem Statistischen Bundesamt bekannt. Darüber hinaus haben wir mit den Zahlen der ALG-II-Bezieher einen hinreichenden Indikator für Armut. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung enthält Indikatoren, die angewendet werden können. Zumindest die Armen können ausreichend statistisch erfasst werden. Für die Erfassung von Reichtum wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer vonnöten.

2 Hunger

Generell sind die Ziele und Unterziele dieses SDGs gut und sinnvoll. Bezogen wird sich jedoch hauptsächlich auf „kleine Nahrungsmittelproduzenten“ ohne eine genauere Begriffsbestimmung. Eine Definition an dieser Stelle ist jedoch unabdingbar, ob es sich etwa um Unternehmen ab einer bestimmten Größe oder auch um Kleinbauern handelt, die unterstützt werden sollen.

S. 66: Bei internationalen Aktivitäten, um „Erträge nachhaltig zur Ernährungssicherung zu steigern“, wird lediglich auf die Erforschung des Weizengenoms Bezug genommen, nicht jedoch auf andere Getreidesorten (Mais, Reis), die als Grundnahrungsmittel dienen können. Dies sollte erweitert werden. Hier fehlt zudem ein Bezug auf vitamin- und mineralstoffreiche Nahrungsmittel und deren Ertragssteigerung, um den sog. „versteckten Hunger“ zu bekämpfen.

Im Hinblick auf die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft fehlt jeglicher Verweis auf den Umgang mit landwirtschaftlichen Flächen, die zum Anbau von Tierfutter statt für die menschliche Ernährung verwendet werden. Gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern ist dies ein wichtiger Faktor zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit. Darüber hinaus wäre in diesem Zusammenhang eine klare Position der Bundesregierung zu gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln als Lösung für die globale Hungerproblematik wünschenswert.

Hinsichtlich der Bewahrung und nachhaltiger Nutzung genetischer Vielfalt werden Netzworkebildung sowie der Aufbau von Genbanken als einzige Maßnahmen genannt. An dieser Stelle bedarf es jedoch zusätzlicher Maßnahmenvorschläge sowie eine Bezugnahme auf die Kultivierung bzw. Förderung genetischer Vielfalt. Auch eine klare Stellungnahme zu möglichen Patentierungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den daraus entstehenden wirtschaftlichen Abhängigkeiten ist an dieser Stelle vonnöten.

S.68: Tierschutzmaßnahmen werden lediglich bei nationalen Aktivitäten kurz genannt. In Anbetracht global wachsender Mittelschichten und dem damit einhergehenden steigenden Bedarf nach Proteinen sind Tierschutzmaßnahmen und eine nachhaltige Nutztieraufzucht wichtige Faktoren. Die Produktion von Proteinen beansprucht weltweit massive Flächen- und Ressourcenmengen und trägt durch ihren massiven Stickstoffausstoß in hohem Maße zum Klimawandel bei. Dieser Umstand sollte von der Bundesregierung strategische Berücksichtigung finden (siehe auch Ziel 15 Leben an Land).

S. 71: Der Indikator „Ökologischer Landbau“ gibt zwar einen Zielanteil an ökologisch bewirtschafteter Fläche, jedoch keinen konkreten zeitlichen Horizont mit Jahreszahl an. Der Anteil von 20 Prozent ist zudem zu niedrig angesetzt.

Zudem fehlt der Aspekt der Bildung und Beratungsleistungen. Dieses ist unabdingbar, um nachhaltige Landwirtschaft in Schwellen- und Entwicklungsländern zu fördern und eine bessere Ernährung für Kleinbauern zu erreichen. Auch wird nicht auf Nahrungsmittellieferungen in Krisensituationen eingegangen oder die Rolle bzw. Verantwortung Deutschlands in Krisenfällen, was jedoch wünschenswert wäre.

3 Gesundheit

Beim Thema Gesundheit wird - außer bei Luftschadstoffen - wenig Bezug zu Krankheiten durch Umweltgifte genommen. Völlig fehlt auch der Bezug zu Ernährungsmaßnahmen bei Herstellern und beim Handel. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund des immer wiederkehrenden politischen Gespenstes der Lebensmittelampel verwunderlich. Es fehlen Indikatoren zu „modernen Krankheiten“ wie Krebs, Allergien (die eine starke Auswirkung auf Lebensqualität haben) oder Psychische Krankheiten.

4 Hochwertige Bildung

Beim Thema Ganztagesbetreuungsangebote für Kinder bis zu 12 Jahren wird ein Defizit erkannt, jedoch werden keine konkreten Maßnahmen und Ziele zur Verbesserung definiert. Aussagen und geplante Maßnahmen in Bezug auf die Qualität und Bezahlbarkeit von KiTa-Plätzen fehlen.

Das Thema Lebenslanges Lernen - insbesondere die Erwachsenenbildung - wird vor dem Hintergrund sich ändernder Beschäftigungsverhältnisse und deren Dauer sowie dem demographischen Wandel zu stark vernachlässigt. Hier fehlt die Ausgewogenheit im Ansatz „Fordern und Fördern“.

Auch die internationale Perspektive, z.B. durch den Austausch von Best Practices, fehlt. Gerade beim „dualen Bildungssystem“ hat die Bundesregierung jedoch durchaus etwas vorzuweisen.

Beim Studiensystem (Bachelor/ Master) ist zu hinterfragen, wie die Qualität des Studiensystems Bachelor/ Master definiert wird. Geklärt werden muss, was bedarfsgerecht ist und wer definiert, was bedarfsgerecht ist.

7 Energie

Hier liegt ein Kernproblem bereits in der Formulierung des SDG bei der Verwendung des missverständlichen Begriffs „moderne Energie“. Für eine eindeutige Benennung der gewünschten und geforderten Energieform muss klar die „erneuerbare Energie“ genannt werden. Die weiche Bezeichnung „Modern“ hält eine Hintertür offen für Energieformen wie Atomenergie und sogenannte „Clean Coal“-Technologien. Die Bundesregierung muss hier ganz klar Stellung beziehen und allein auf „erneuerbare“ Energien setzen, sowohl im eigenen Land als auch in der Auslandsförderung (letzteres bedeutet z. B. das Auslaufen der internationalen Kohleförderung durch die KfW).

Grundsätzlich sind alle Positionen und Themen in der Strategie, so wie sie hier beschrieben werden, in Ordnung und wichtig. Problematischer wird es jedoch bei den Themen, die fehlen. Insbesondere wird keine Aussage zum Aspekt der Bezahlbarkeit getroffen, was der erste Aspekt dieses SDG ist. Ein

großes Problem in Deutschland ist die Finanzierung der Energiewende zu großen Teilen durch die Privathaushalte, deren Strom- und Heizrechnungen immer stärker ansteigen. Bei der Industrie gibt es nach wie vor zu viele Ausnahmen. Das muss ganz schnell beendet werden, sonst scheitert die Akzeptanz der Energiewende an der Nicht-Bezahlbarkeit. Konkret: Nur Industrien, die eindeutig im internationalen Wettbewerb bei den Energiekosten benachteiligt werden, sollen ausgenommen werden (Stahl, Aluminium). Für alle anderen Unternehmen und Branchen müssen die gleichen Regeln gelten wie für die Bürger. Auch auf EU-Ebene muss sich die Bundesregierung für eine ähnliche Energiewende einsetzen. Zur Bezahlbarkeit fehlt analog zur Erwähnung auch ein Indikator.

S. 118 (II. National): An dieser Stelle fehlt der Bezug zum G7/G20-Beschluss, die Weltwirtschaft zu dekarbonisieren. In Deutschland sind wir leider noch sehr weit von diesem Ziel entfernt. Von der Energiewende profitieren zurzeit vor allem die Betreiber von Braunkohlekraftwerken. Insbesondere SPD-geführte Bundesländer blockieren den Kohleausstieg mit dem Arbeitsplätze-Argument - dabei können in einer Erneuerbaren-Energien-Ökonomie alle verlorenen Arbeitsplätze neu entstehen, wenn man nur will.

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) (S. 122) geht in die falsche Richtung. Gegen den Klimawandel hilft nur schnelles und grundsätzliches Umschalten, d. h. Abschalten der Atom- und Kohlekraftwerke und der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien inkl. der dazu erforderlichen Netze. So wie der Staat und die EU jahrzehntelang die Atom- und Kohleindustrie gefördert haben, liegt es hier wieder in seiner Verantwortung, gesellschaftlich oder politisch gewünschte Energieformen zu unterstützen.

Indikatoren gibt es bisher nur zu a) Ressourcenschonung/Energieeffizienz und b) Anteil erneuerbarer Energien. Es fehlen Indikatoren zu den SDG-Aspekten Bezahlbarkeit und Verlässlichkeit.

8 Wirtschaft

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird von der Bundesregierung vor allem an Wachstum und Vollbeschäftigung geknüpft und festgesetzt. Nicht berücksichtigt wird, dass wirtschaftliches Wachstum jedoch mittlerweile ein sehr umstrittenes Konzept der Gemeinwohlsteigerung ist. Gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrisen und endlicher Ressourcen wird ein Wachstumsparadigma auf lange Sicht ein globales Verteilungsproblem hervorrufen. Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte zumindest Offenheit für andere Ideen signalisieren.

Auch das Ideal einer Vollbeschäftigung ist ein Konzept, das es zu überdenken gilt. Zum einen ändern sich Arbeitsbedingungen durch Automatisierung und Digitalisierung immer rasanter. Viele Stellen werden obsolet, und auf der anderen Seite fehlen Fachkräfte. Zum anderen ist eine Vollbeschäftigung nur global, zumindest erst einmal auf europäischer Ebene, zu denken. Ein hinreichender Indikator für Beschäftigung rechnet die Minderbeschäftigten nicht ein und erweitert die Sichtweise auf einen internationalen Kontext.

Die fehlenden Definitionen von Begriffen wie „gute Arbeit“ oder „faire Verteilung“ lassen die beschriebenen Ziele inhaltsleer zurück.

Eine nachhaltige Staatsfinanzierung als Lehre aus den Finanz- und Wirtschaftskrisen zu nennen, ist der Gesellschaft nicht zu vermitteln. Diese beiden Themen gehören entkoppelt und der Fokus auf

eine Verlust-Übernahme der Privatwirtschaft und geeignete Rahmenbedingungen für die Verhinderung dieser Krisen durch nachhaltiges Wirtschaften gelegt.

Der Freihandel und seine demokratische Verhandlung zwischen Staaten ist ein fehlendes Thema, das hier festgeschrieben werden muss. Denn nur ein demokratisch legitimierte Wirtschaftssystem ist dem Bürger als ein nachhaltiges Wirtschaftssystem zu vermitteln.

An Indikatoren mangelt es bei diesem Thema nicht, es fehlen jedoch die Nachhaltigkeitsbezüge dieser Indikatoren. Für den internationalen Handel ist das Herausgreifen des Textilbündnisses als Leuchtturmprojekt der Bundesregierung für Lieferkettenmanagement nicht ausreichend.

9 Infrastruktur

Die Ansicht der Bundesregierung (S. 146), dass dieses SDG sich in Deutschland vor allem auf die Modernisierung von Infrastrukturen und Industrien (Unterziel 9.4) konzentrieren muss und nicht auf den Aufbau, wird geteilt. Hier ist die grundsätzliche Linie der NH-Strategie weitestgehend in Ordnung, wenn auch der Fokus auf die Forschungsinfrastruktur zu stark ist. Hier sollte es in erster Linie um die Infrastrukturen für Verkehr, Telekommunikation und Verwaltung gehen.

Beim Thema Verkehr fehlt das Bekenntnis zur Bahn bzw. zum Güterverkehr auf der Bahn. Die Lkw-Logistik verstopft immer mehr die Autobahnen und Straßen, verschmutzt die Luft und intensiviert die erforderliche Instandhaltung bzw. Reparatur von Straßen und Brücken. Diese Kosten muss die Gesamtgesellschaft tragen.

Auch fehlen eindeutige Maßnahmen zum Schutz von Anwohnern vor den Folgen des Verkehrs insbes. durch Autobahnen, Güterbahnstrecken und Flughäfen wie Lärm oder Feinstaub. Der Anwohnerschutz muss ein elementarer Bestandteil der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur sein, um die Gesundheit und Gewogenheit der Bevölkerung zu sichern.

Der Ausbau der Energienetze wird in den Aktivitäten der Bundesregierung nicht thematisiert, gehört aber inhaltlich zum SDG 9.

Der Indikator Innovation/F&E um die Energieziele zu messen, ist zu wenig. Erforderlich sind Indikatoren zu den Themen umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur, Modernisierung der Telekommunikationsnetze und Ausbau der Elektrizitätsnetzwerke.

10 Ungleichheiten

Hier wird insbesondere die Armut-/Reichtumsschere in Deutschland, die Themen Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit, international aber auch Freihandelsregeln genannt. Diese Punkte sind richtig und wichtig.

Die Äußerungen zum Thema Welthandel bzw. Freihandel sind richtig: *"Wichtig sind entwicklungsfreundliche und nicht diskriminierende handelspolitische Instrumente, die Verankerung höchstmöglicher Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards in Freihandelsabkommen, eine transparente Handelspolitik und die Einbeziehung betroffener zivilgesellschaftlicher Akteure ... Um diese sicherzustellen, befürwortet die Bundesregierung bei Freihandelsabkommen die rechtzeitige*

Durchführung von menschenrechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgenabschätzungen sowie ein regelmäßiges Monitoring.“ Das aktuelle Verhalten der Bundesregierung bei der Verhandlung von CETA und TTIP geht jedoch genau in die gegenteilige Richtung. Hier müssen sich konkrete Ziele, und vor allem die Überprüfung dieser Ziele, gesetzt werden.

Auch auf das Thema Subventionen muss an dieser Stelle, oder unter „8 Wirtschaft“, näher eingegangen werden. Internationale Wirtschaft, etwa Nahrungsmittelproduktion durch Massentierhaltung und dadurch ermöglichte billige Exporte, wird durch die deutsche Subventionspolitik maßgeblich beeinflusst.

Beim Thema Chancengerechtigkeit im Bildungssystem stellen Studien der OECD der deutschen Bildungspolitik seit Jahren ein schlechtes Zeugnis aus. Hier muss die Bundesregierung nachbessern und konkretere Maßnahmen nennen.

Der Steuerpolitik wird berechtigterweise ein „deutlicher Effekt“ auf Ungleichheiten bescheinigt. Konkrete Maßnahmen werden jedoch nicht genannt. An dieser Stelle muss die Bundesregierung sich klar und eindeutig zu den Themen Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Einkommenssteuer äußern und ein klares Konzept sowie eine Strategie vorlegen, wie sie diese Instrumente einzusetzen gedenkt.

Zum Themenkomplex Chancenungleichheiten gibt es nur den Indikator „Schulische Bildungserfolge von Ausländern“. Dieser deckt in keiner Weise die Durchlässigkeit von Bildungsschichten und die Chancen auf eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft ab. Die Vermögensverteilung, die aktuell nur geschätzt werden kann, und die Einkommen durch Kapitalerträge brauchen einen höheren Stellenwert bei den Indikatoren.

11 Nachhaltige Städte und Siedlungen

Auch zum Thema Mobilität fehlen wesentliche Punkte. Im Zusammenhang zur Förderung von umweltfreundlichen PKWs fehlen konkrete Aussagen zum Ausbau der Infrastruktur (E-Tankstellen, Wasserstoff etc.). Weiterhin fehlen konkrete Anreize oder Subventionierungen für die Nutzung des ÖPNV. Überhaupt nicht erwähnt werden Konzepte zu fahrradfreundlichen Städten (Ausbau von Radwegen und Fahrradstraßen, PKW-freie Innenstadtzonen etc.).

Zum Aspekt Bezahlbares Wohnen für alle werden keine konkreten Aussagen zu weiteren geplanten Maßnahmen und Werkzeuge wie die (Durchsetzung der) Mietpreisbremse oder zum Ausbau des Sozialwohnungsbaus genannt. Diese wären vor den Herausforderungen der Urbanisierung jedoch von großer Bedeutung.

12 Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen

Das Handlungsfeld und die Beschreibung seiner Relevanz sind sehr breit gefasst, was jedoch grundsätzlich in Ordnung ist.

Der erste Indikator beschreibt den Marktanteil mit Produkten und Dienstleistungen, die mit glaubwürdigen Siegeln ausgezeichnet sind – diese beschränken sich jedoch vorerst auf staatliche

Umweltzeichen. Diese Beschränkung spiegelt nicht die realen Marktbedingungen wider und sollte schnellstmöglich auf nichtstaatliche Siegel ausgeweitet werden. Darüber hinaus wird kein zeitlicher Zielhorizont genannt.

Der zweite Indikator „Energieverbrauch und CO₂-Emissionen durch Konsum“ ist an dieser Stelle sinnvoll, da die Auswirkungen auf Ökosysteme im SDG 15, der Rohstoffverbrauch im SDG 8 und Flächeninanspruchnahme im SDG 11 abgedeckt werden.

Der letzten Indikator „Betriebe mit EMAS“ ist keine gute Wahl als Indikator für Nachhaltige Produktion, da ein einzelnes Umweltmanagementsystem nicht die Varianz an möglichen Zertifizierungen abbildet. Zudem wird mit dem Umweltaspekt nur ein Bruchteil der Nachhaltigkeitskriterien abgedeckt. Interessant wäre, gerade vor dem Hintergrund der CSR-Berichtspflichten, eine Erfassung des Anteils an Unternehmen mit einer Nachhaltigkeitsberichterstattung, da diese alle Aspekte einer nachhaltigen Produktion transparent macht.

Zu einem nachhaltigen Konsum gehört immer auch ein nachhaltiges Bewusstsein. Hier können die Ergebnisse der Umweltbewusstseinsstudie für einen entsprechenden Indikator herangezogen werden.¹ Des Weiteren ist die Halbierung von Lebensmittelabfällen ein wichtiges Unterziel der SDGs, das auch in Deutschland viele Menschen bewegt. Es sollte auch in die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie als Ziel mit aufgenommen werden.

13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Im Vordergrund steht die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes im Zuge der Maßnahmen für die Energiewende. Dabei treten die Anpassungen an den Klimawandel zurück, bleiben zudem unkonkret ohne spezifische Kategorien, Ziele und Maßnahmen. Gesundheitliche Gefahren wie die Einwanderung der Tigermücke in Folge klimatischer Veränderungen sind weder an dieser Stelle noch im Kapitel „Gesundheit“ berücksichtigt.

S. 181: Erwiesenermaßen sind die zu erwartenden direkten Veränderungen durch den Klimawandel im Vergleich zu anderen Regionen nicht besonders groß. Zudem sind sie regional ungleichmäßig und schwer vorhersehbar. In Deutschland entfällt eine verhältnismäßig geringe Fläche auf großen Impact in den Handlungsfeldern Technologie und Produktion. Deutschland übt also einen in Relation zu seinem Flächenanteil am Planeten überproportional großen Einfluss auf die Ursachen des Klimawandels aus. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sich die Strategie der Bundesregierung bezüglich des Klimawandels nicht lediglich an der Abschwächung seiner Wirkungen im Bundesgebiet messen lässt, wenn sie nicht gefahrlos, im globalen Rahmen zu schwach auszufallen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die Veränderungen in Deutschland auf ein erträgliches Maß reduziert werden können, während für den gesamtglobalen Rahmen schärfere Maßnahmen dringend notwendig sind. Als Indikator wird die globale Durchschnittswirkung empfohlen.

Allgemein bleiben die Beschreibungen zur Anpassung an den Klimawandel noch schwammig und allgemein unzureichend.

¹ <http://www.bmub.bund.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/umweltbewusstsein-in-deutschland-2014/>

Vermisst wird ein Bekenntnis zur Unterstützung eines zielführenden, funktionierenden Emissionshandels. Der Handel mit Emissionszertifikaten ist ein vorhandenes Instrument mit Potenzial und müsste von der Bundesrepublik in Hinblick auf Zertifikatverknappung und der Bepreisung von CO₂-Emissionen unterstützt werden. Er wird allerdings in dieser Version nicht näher behandelt. Hier hoffen wir auf Nachbesserung.

S. 183: Der „angemessene Beitrag“ zum 100-Milliarden-Ziel sollte mit Zahlen hinterlegt werden.

14 Leben unter Wasser

Die Nachhaltigkeitsstrategie sieht lediglich die Sicherung des Meeres als Ressourcenquelle vor. Berücksichtigt ist weder ein Schutz der Ökosysteme um ihrer selbst willen (vgl. Bundesnaturschutzgesetz) noch die Sicherung von bisher nicht bekannten oder genutzten Ressourcen. Dabei ist die Forschung noch längst nicht „am Ende“. Die NNH-Strategie lässt damit die Option offen, dass wertvolle biologische Stoffe preisgegeben werden, die zukünftig von Bedeutung sein können. Genauso sind die Funktionsweise und das Netz der Interdependenzen in Ökosystemen bisher nicht ausreichend erforscht. Stellt man nicht gesamte Ökosysteme unter Schutz (anstatt nur einzelne Arten), besteht das Risiko ihrer permanenten Schädigung. Das „maximum sustainable yield“ ist in diesem Zusammenhang ein hochproblematischer Indikator und deshalb nicht empfehlenswert. In all diesen genannten Punkten vertritt die NH-Strategie keinen nachhaltigen Ansatz und muss unbedingt nachgebessert werden.

In Kapitel 15 befindet sich der Absatz: *„Aber auch die Kenntnisse über Zustand und Entwicklung von Natur und biologischer Vielfalt müssen verbessert werden. Ein umfassendes Biodiversitätsmonitoring, Informationssysteme für Fauna und Flora, die Verbesserung der Taxonomie-Ausbildung und die Gründung eines Rote-Liste-Zentrums sind wichtige Schritte.“* Vergleichbare Maßnahmen sind auch für maritime Ökosysteme notwendig.

S. 188: Schutzgebiete in Arktis und Antarktis sind notwendig, dürfen aber nicht nur hier eingerichtet werden. Dieser Punkt benötigt zumindest die Perspektive auf weitere Ökosysteme in anderen klimatischen und regionalen Lagen. Eine Orientierung können beispielsweise die UNESCO-Naturerbe-Schutzgebiete bieten.

S. 189: Die Nennung der 4 Millionen Hektar geförderter Fläche benötigen die Perspektive auf weitere geplante Ziele und Maßnahmen.

Darüber hinaus sollte die Problematik der Subventionierung von Fangflotten berücksichtigt werden. Kleinfischer müssten gestärkt werden. Konkrete Maßnahmen dazu werden nicht genannt.

15 Leben an Land

Das Kapitel zu „Leben an Land“ ist wesentlich elaborierter als das vorhergehende zu „Leben unter Wasser“, enthält aber zahlreiche Grundsätze und Maßnahmen, die im vorhergegangenen Kapitel ebenfalls zur Erwähnung kommen sollten. Es wird empfohlen, die NH-Strategie für maritime Ökosysteme an die Strategie für Landökosysteme anzupassen.

Die Berücksichtigung von Problemstellungen im Zusammenhang mit Nutztierhaltung (Ernährung, Fleischkonsum, Arbeitsbedingungen und Umweltverschmutzung) und Tierwohl werden in diesem Kapitel vermisst. Ein Passus dazu sollte aufgenommen und mit konkreten Zielen und Maßnahmen hinterlegt werden.

S. 203: Die Forderung nach mehr und höherwertigen Naturflächen in den Städten macht konkrete Maßnahmen und Ziele nötig, um den städtebaulichen Tendenzen entgegenzuwirken. In der Städteplanung spielen Ausgleichsflächen, v.a. im Kontext des Wohnungsmangels in Ballungsgebieten, eine untergeordnete Rolle.

16 Frieden

Die Demokratie ist das politische System mit den besten Werkzeugen zur Bekämpfung von Korruption, Armut und Ungleichheit, und es steht außer Frage, dass es das richtige politische System für Deutschland und Europa ist. International besteht jedoch kein Konsens über eine Korrelation zwischen Regierungsform (Rechtsstaatlichkeit, Gewaltentrennung, Inklusion) und der Erreichung wirtschaftlicher und humaner Entwicklung. Auch in Ländern ohne demokratische Regierung gibt es wirtschaftlichen Aufschwung und Armutslinderung (Bsp. China). Es muss an dieser Stelle in Betracht gezogen werden, dass andere Systeme in anderen Ländern im aktuellen Zustand nicht weniger wertig und möglicherweise passender für die jeweiligen Gesellschaften sind. Es sollte daher sorgfältig im Einzelnen abgewogen werden, welche Ziele und Handlungen zu empfehlen sind - ohne ein demokratisches Regierungssystem oktroyieren zu wollen. Dies entbindet natürlich nicht von der Aufgabe, die Wahrung der Menschenrechte in den betreffenden Ländern als Grundbedingung für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch zu sehen und sich dafür einzusetzen.

„Gute Regierungsführung“ wird als zentrale Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung erachtet, der Begriff und dessen Bedeutung jedoch nicht näher definiert. Hier wäre eine klare Definition wünschenswert.

Der Umgang mit Kleinwaffen und Munition nach dem Prinzip „Neu für Alt“ wird als sinnvoll erachtet, vermisst wird allerdings eine Stellungnahme zu Großwaffen und deren Export. Das Thema der Atom- oder Nuklearwaffen wurde komplett vernachlässigt, ebenso die Rolle Deutschlands als strategische Stellung und Waffenstandort für andere Länder. Hiermit geht jedoch ein großes Risiko für die deutsche Bevölkerung einher, deren Schutz und Sicherheit in der Strategie Berücksichtigung finden muss. Die Punkte Proliferation, Bekämpfung von Geldwäsche und terroristischen Aktivitäten sowie deren Prävention – vor allem durch Ursachen-, und nicht durch Symptombekämpfung - wird unzureichend in der Strategie thematisiert.

In Anbetracht des wachsenden Wunsches der Geheimdienste nach umfassender Kommunikationsüberwachung vor dem Hintergrund globaler Bedrohungen durch terroristische Gruppierungen und den Möglichkeiten der fortschreitenden Digitalisierung muss die deutsche Bundesregierung zu den Themen Datenschutz und -austausch Stellung beziehen. Maximale Sicherheit kann nur durch ein massives Einschränken der Persönlichkeitsrechte erreicht werden. Da dies nicht wünschenswert ist, muss eine genaue Abwägung der Angemessenheit von Maßnahmen stattfinden (etwa bei der Vorratsdatenspeicherung). Vorgeschlagen wird ein Indikator zur Sicherheitslage, der als Ausgleichsinstrument gefühlte Gefährdungslagen in ein rationales Licht rücken kann.

Die Zunahme an rechtsradikalen Straftaten vor dem Hintergrund massiver Flüchtlingszuströme im vergangenen Jahr und generell das Thema Minderheiten und Migranten braucht einen Platz in einer Nachhaltigkeitsstrategie, die sich globalen Herausforderungen stellt.

Die genannten Indikatoren sind hierfür nicht aussagekräftig genug. Die Zahl der Straftaten lässt keine Rückschlüsse auf das Sicherheitsgefühl der Bürger zu, da einige Straftaten bewusster wahrgenommen werden als andere. Hier muss weiter aufgespalten werden, z.B. in Wohnungseinbrüche, rechte Gewalt und Wirtschaftskriminalität. Da bei jeder Statistik der gezeigte Zeitraum eine starke Rolle spielt, ist dafür eine geeignete Wahl zu treffen. Weiterhin ist der Umsatz mit Waffenexporten der Bundesrepublik Deutschland ein Indikator für die globale Sicherheitslage.

Allgemein

Im Allgemeinen fehlt die Verbindlichkeit für politische Entscheidungen. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist in keiner Weise eine verbindliche Handlungsanleitung für die Bundesregierung. Darum muss eine konkrete Einbeziehung der niedergelegten Ziele regulativ niedergelegt werden.

Der Text bleibt oft unkonkret und Definitionen werden offengelassen (etwa „kleine Nahrungsproduzenten“, „gute Arbeit“) und Ringverweise mit anderen Dokumenten bringen keine Klarheit (Subventionen).

Die globale Ebene und ihre Bezüge zur nationalen Ebene werden nicht konsequent mitgedacht.

Die Lesbarkeit kann noch verbessert werden, da Verweise auf andere SDGs zu wichtigen Aspekten fehlen.

Die bisherigen Indikatoren zur konkreten Messung von Fortschritten sind zu wenig. Jeder Aspekt der SDGs bzw. jedes Unterziel sollte einen messbaren Indikator in der Nachhaltigkeitsstrategie haben.